

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1904

68 (24.2.1904) Badischer Landtag. 32. öffentliche Sitzung der Zweiten
Kammer

Beilage zur „Karlsruher Zeitung“ № 68.

Karlsruhe, 24. Februar 1904.

Badischer Landtag.

32. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Montag, den 22. Februar 1904.

Am Regierungstisch: Minister des Innern, Geh. Rat Dr. Schenkel, Ministerialdirektor Geh. Rat Sell, die Geh. Oberregierungsräte Dr. Glockner, Straub und Weingärtner, die Ministerialräte Nebe, Seibert und Dr. Niefer.

Präsident Dr. Gönner eröffnet die Sitzung um halb 5 Uhr nachmittags.

Sekretär Köhler verliest den neuen Einlauf:
Neue Petition des Dr. iur. Theodor Elffasser in Buffalo, früher Rechtsanwalt in Baden, um Rechtsschutz.

Die Petition wird der Petitionskommission überwiesen.

Präsident Dr. Gönner: Meine Herren! Was wir seit mehreren Wochen mit banger Sorge befürchten mußten, ist leider eingetreten. Vorgestern nachmittag ist Seine Erzellenz Herr Finanzminister Dr. Buchenberger nach langem, schwerem, mit bewunderungswürdiger Standhaftigkeit ertragenem Leiden als Opfer einer heimtückischen Krankheit dem Leben entziffen worden.

Schon die erste Nachricht von beängstigenden Anzeichen einer bedenklichen Erkrankung des nun vereinigten edeln Mannes hat seinerzeit in weitesten Kreisen der Bevölkerung unseres Heimatlandes eine peinliche Ueberraschung hervorgerufen, und seitdem hat man allenthalben mit teilnahmsvoller Spannung zwischen Furcht und Hoffnung die Mitteilungen über den Verlauf der bössartigen Krankheit verfolgt.

Nun sind wir tief ergriffen durch die betäubende Trauerkunde, daß alle Rettungsversuche der ärztlichen Kunst erfolglos geblieben sind und wir den Heimgang des von uns allen hochgeschätzten Ministers zu beklagen haben.

Ich glaube im Sinne aller Kollegen zu handeln, indem ich der Ueberzeugung Ausdruck gebe, daß durch das Hinscheiden des Herrn Finanzministers, dessen hervorragende Bedeutung als Staatsmann und Vertreter der Wissenschaft im ganzen Deutschen Reiche rühmlich bekannt und gebührend gewürdigt war, das badische Land und Volk, in dessen Regierung derselbe eine durch ausnehmend reiches Wissen und erfolgreiches berufliches Wirken ausgezeichnete Stellung eingenommen hatte, einen außerordentlich schweren Verlust erlitten hat.

Auch in diesem Hause wird das Ausscheiden des Entschlafenen um so schmerzlicher empfunden werden, als demselben hier von allen Seiten Sympathie und Vertrauen entgegengebracht wurde und ihm nicht bloß sein Auftreten am Ministertische, sondern auch die ihm eigen gewesene reiche Ausstattung an rein menschlichen Eigenschaften der lebenswürdigsten Art die allgemeinste Zuneigung und Wertschätzung gesichert hatte.

Wir werden dem Verstorbenen ein ehrenvolles Andenken für alle Zeit in Treue bewahren, und ich bitte Sie, zur Kundgebung ihrer Zustimmung, sich von Ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Das Haus ermächtigt das Präsidium, der Frau Gemahlin und den Angehörigen des Verstorbenen das herzlichste Beileid des Hauses auszusprechen, und beschließt, sich an der morgen vormittag stattfindenden Beerdigung in corpore zu beteiligen und dabei durch den Präsidenten einen Kranz am Grabe niederlegen zu lassen.

Das Haus tritt hierauf in die Tagesordnung: Fortsetzung der allgemeinen Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Ministeriums des Innern für 1904 und 1905. Ausgaben Titel I—VII, IX—XI, XX und XXI und Einnahmen Titel I und II, (— Drucksache Nr. 14 —) ein.

Hg. Obkircher: Das unbefriedigte Gefühl, welches ich bei Schluß des letzten Landtages mit nach Hause genommen habe, hat sich auch heute, nachdem wir wieder fast drei Monate hier versammelt sind, noch nicht völlig gehoben. Die politische Lage hat sich auch heute noch nicht völlig geklärt. Das mag freilich zum Teil daher kommen, daß wir durch verhängnisvolle beflagenswerte Umstände verhindert waren, bis jetzt eine allgemeine Finanzdebatte zu halten. Zum Teil liegt es aber doch auch in der Art, wie die bisherige allgemeine Beratung über das Budget des Ministeriums des Innern geführt worden ist. Das Ministerium des Innern ist ja so eigentlich das politische, das Wahlministerium. Aber bei der ganzen bisherigen Verhandlung standen im Vordergrund der Erörterung immer polizeiliche, wirtschaftliche und soziale Gesichtspunkte. Entschieden zur Politik des Ministeriums des Innern Stellung genommen hat eigentlich nur die sozialdemokratische Fraktion, indem sie durch den Kollegen Eichhorn aussprach: das Ministerium des Innern ist ein Klassenministerium, es genießt nicht unser Vertrauen, das Vertrauen auf völlige Gerechtigkeit in politischer und wirtschaftlicher Beziehung. Der Grundgedanke in den bisherigen Ausführungen des Herrn Ministers war, daß das Ministerium die Bahnen des gemäßigten Fortschritts weiter wandeln und unparteiisch seines Amtes walten werde. Wir auf dieser Seite sind damit einverstanden. Im übrigen verhalten wir uns lediglich abwartend. Die Demokratie und das Zentrum hat bisher ernstliche Klagen nicht vorbringen können. Was sie zusammen vorgebracht haben, gipfelt in dem Verlangen, daß in Zukunft die Beamten der inneren Verwaltung nicht ausschließlich einer Partei entnommen, sondern daß auch die anderen Parteien berücksichtigt werden möchten. Ich will nicht untersuchen, ob die Grundlage zu diesem Verlangen berechtigt ist; ich möchte vielmehr glauben, daß nicht alle unsere Amtsvorstände nationalliberal sind. Das Zentrum befindet sich in der Stellung der sehnsüchtigen Jungfrau, die den Geliebten erwartet, der sie heimführen soll. (Geisterkeit.) Aber der Geliebte hat sich noch nicht entschieden. Er findet es klüger, auch nach der anderen Seite Hoffnungen nicht zu vernichten. (Geisterkeit.) Auch unter den Parteien selbst ist bis jetzt keine vollständige politische Aussprache erfolgt. Nur zu Fragen der Reichspolitik — dem

Holltarif — haben die Parteien bis jetzt ihren Standpunkt dargelegt. Dagegen würden die Fragen der badischen Politik nicht genügend berücksichtigt. Nur der Abg. Benedey hat oft gehörte Vorwürfe gegen unsere Partei ausgesprochen, die mein Freund Wildens bereits zurückgewiesen hat. Der Abg. Goldschmit hat der Sozialdemokratie einige Wahrheiten gesagt. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Unwahrheiten!) — Das ist Ansichtssache. — (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Dr. Günner bittet dringend, die Redner nicht jeden Augenblick zu unterbrechen.

Abg. Obkircher (fortfahrend): Wahrheiten, die ja der Kollege Eichhorn noch behandeln wird. Zwischen den Nationalliberalen und dem Zentrum dagegen hat eine Aussprache über die politischen Differenzpunkte noch nicht stattgefunden. Auf das, was mein Freund Vinz in dieser Beziehung gesagt hat, ist man von der anderen Seite bisher noch nicht herausgerückt. Solche Differenzpunkte bestehen aber und sie sollten bei der Debatte nicht unberücksichtigt bleiben. Es sind dieselben Punkte, die für das Zentrum den Gegenstand des Sehns und Gossens bilden und die uns zu einer abwartenden Haltung veranlassen: die kirchenpolitischen Fragen im weitesten Sinne. Sie machen so recht die politische Lage unseres Landes aus. Das Zentrum allerdings liebt es nicht, wenn man davon spricht. Es möchte lieber in aller Stille die Früchte jahrelangen Bemühens sich in den Schoß fallen lassen. Deshalb hat der Abg. Fehrenbach zunächst überhaupt nicht und später nur andeutungsweise von diesen Fragen gesprochen. Der Abg. Birkenmayer hat letzten Samstag gemeint, die Kirchenfragen gehörten gar nicht in diese Debatte herein. Fängt man draußen davon an, so kommt die Zentrumsprelle und sagt: hier habt Ihr den Friedensförderer, den Kulturkämpfer, den Kulturpauker, wie man geschmackvoll sich ausdrückt. Die einzelnen großen kirchenpolitischen Fragen kommen nun freilich bei anderer Gelegenheit — bei Beratung des Kultus und Unterrichtsbudgets und bei Besprechung der Ordensinterpellation des Zentrums — zur Erörterung. Doch soll auch bei dieser Gelegenheit der Gegensatz zwischen der nationalliberalen und der Zentrumsparlei scharf betont werden: wir befürchten vom Zentrum eine Umkehr in der bisherigen fortschrittlichen Entwicklung und ein Hinüberlenken in Bahnen, die überall da, wo das Zentrum das Übergewicht hat, zu unglücklichen, beklagenswerten Ergebnissen geführt haben. Der Abg. Fehrenbach hat die Zahlen der Reichstagswahlen angeführt und darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokraten 21,9 Prozent, die Nationalliberalen 31,4 Prozent und das Zentrum 40,7 Prozent aller Stimmen erhalten hätten. Das Zentrum bietet sich damit der Regierung an; es will imponieren. Die sehr tüchtige Jungfrau will dem Geliebten eine sichere Zukunft in Aussicht stellen, sie preist ihm ihre Wohlhabenheit, ihre zahlreiche und mächtige Verwandtschaft. Ein Bedenken kann sie indes nicht unterdrücken: „Nur sag, wie hältst du's mit der Religion, du bist ein herzlich guter Mann, allein ich glaub', du hältst nicht viel davon.“ (Seiterkeit.) Das ist im scharzhaften Bild die Signatur unserer politischen Lage in Baden. Es ist damit auch schon gekennzeichnet worden, daß das Zentr. die Religion als identisch hinstellt mit Dingen, die mit der Religion nichts zu tun haben. Uebrigens hat der Abg. Fehrenbach nur die Zahlen der Reichstagswahlen vorgetragen, obschon es näher gelegen hätte, auf die Zahlen der Landtagswahlen hinzuweisen. Sie sind freilich nicht günstig für das Zentrum, denn im Landtag haben die Nationalliberalen immer noch die stärkste Vertretung, und es ist unrichtig, die kleineren linksstehenden Parteien einfach zum Zentrum zu rechnen. Das mag bei einzelnen Fragen, z. B. bei der Ordensfrage, vielleicht richtig sein. Das Bild wird aber ein anderes werden,

so bald wir an die Schulfragen kommen. Vielleicht auch bei der Verfassungsreform. Von Interesse mag sein, noch darauf hinzuweisen, daß im ersten badischen Reichstagswahlkreis 91 Prozent der Bevölkerung katholisch sind, daß das Zentrum aber nur 51 Prozent aller Stimmen erhalten hat. Im zweiten Reichstagswahlkreis sind 83 Prozent der Bevölkerung Katholiken, dem Zentrum sind aber nur 45 Prozent aller Stimmen zugefallen. Im 14. badischen Wahlkreis allerdings sind 73 Prozent Katholiken, auf das Zentrum haben sich dort 72,9 Prozent aller Stimmen vereinigt. Und wenn man mit der Macht der Zahlen imponieren will, dann darf man doch vielleicht auch fragen: wie hat das Zentrum diese hohen Zahlen errungen?

Man sagt ja, daß bei der Zahl der Stimmen, die die Sozialdemokraten erhalten haben, sich viele nicht dazu gehörige Wähler befinden, die lediglich eine momentane Unzufriedenheit ausdrücken wollten. Bei den Zahlen des Zentrums ist es auch nicht viel anders. Auch da gibt es viele Wähler, die nicht innerlich mit den Zielen des Zentrums einverstanden sind, teils weil sie die Ziele nicht kennen, indem sie darüber getäuscht werden, teils weil sie sich bei ihrer Abstimmung unter einem hohen Gewissensdruck befunden haben. Auf dem Katholikentag in Mannheim vor zwei Jahren ist viel Interessantes geschehen. Auf das Einzelne will ich hier nicht eingehen. Aber ein Wort muß doch erwähnt werden. Der höchste kirchliche Würdenträger des badischen Landes hat dort gesagt: Der gute Katholik hat nicht nur in die Kirche zu gehen, sondern auch seinen politischen Anschauungen mit dem Stimmzettel in der Hand Ausdruck zu geben. Dies ist die Herstellung eines Gewissensdrucks und eine Verschiebung zwischen Religion und Politik, wie sie aus solchem Munde bis jetzt nicht geübt ist und auch nicht geübt werden dürfte.

Auch das Urteil im Fall Schwarz und was dem folgte, blieb nicht ohne Einfluß auf die Wahlen. Die Geschichte des Prozesses will ich hier nicht erzählen, aber es muß hervorgehoben werden, was dem folgte. Eine strafbare, tadelnswerte, verletzende Kritik ist von einem Manne geübt worden, der keiner politischen Partei zugehört, wenigstens nicht der nationalliberalen. Er wurde von den Geschworenen freigesprochen. Durch ein Urteil, dessen Gründe man nicht kennt, geschieht niemand Unrecht, namentlich nicht dem Antragsteller, auch nicht dem Verletzten, d. h. dem Allerheiligsten Altarsakrament, Jesus Christus und seinem Stellvertreter auf Erden. Aber man hat es doch so hingestellt. Man hat für gut befunden, eine Sühne zu veranstalten und die Gerechtigkeit durch einen kirchlichen Akt wieder herzustellen. Die erzbischöfliche Kurie hat für das ganze Land Sühneandachten angeordnet. Wenn es richtig ist, daß in Mannheim die Volksseele über die Freisprechung gekocht hat, hätte man von kirchlicher Seite nicht nötig gehabt, die ruhige Volksseele in den abgelegenen Dörfern ins Kochen zu bringen, wie es durch diese Andachten vielleicht geschehen ist. Was war der Anlaß dazu? Ich weise auf den zeitlichen Zusammenhang hin, der zwischen den Sühneandachten und den Reichstagswahlen besteht. Sie folgten einander unmittelbar.

Wie jedes Frühjahr, so wurden auch im letztvergangenen einige Pilgerzüge nach Einsiedeln geführt. Bei einem Zug mußten die Pilger für gute Wahlen Vaterunser beten. Die fortwährende Vermischung zwischen Religion und Politik war förmlich Stil in der ganzen Wahlbewegung, wie sie vom Zentrum in Szene gesetzt wurde. Der frühere Abg. Gug hat in einer Wahlrede eine Aufforderung an die Katholiken gerichtet, durch den Wahlzettel ihren Glauben zu bekennen. Der Reichstagsabgeordnete Marbe in Freiburg hat darauf hingewiesen, daß

die Wahlen sich in der Fronleichnamsoftave abspielen, und gesagt, da wollen wir uns als gute Katholiken zeigen. Und ein moderner Gottfried von Bouillon hat in einer Wahlrede gesagt: „Wir kämpfen mit Gott im Zeichen des Kreuzes. Gehen Sie mit uns den Weg des Kreuzes“. Um die Genossen mutig zu machen, hat er die Alliierten genannt. Unter diesen figurirt an erster Stelle unser Herrgott selbst.

Ich komme jetzt zu dem viel erörterten Rundschreiben im ersten Wahlkreis. Darin wird klar ausgesprochen, daß der Geistliche ganz von selbst wegen seines Berufs die Verpflichtung hat, Zentrumsabstimmung zu betreiben. Es werden den Geistlichen genaue Instruktionen gegeben, wie sie sich zu verhalten haben. Sie haben auch die Frage zu beantworten, ob sie die Wahlzettel selbst von Haus zu Haus tragen wollen. In Klammern ist beigefügt: Viele geistliche Herren tun dieses sehr verdienstvolle Werk. In dem Rundschreiben ist ferner darauf hingewiesen, daß das Hauptaugenmerk auf die Kleinarbeit zu richten sei. Zu dieser stillen Kleinarbeit wird nicht nur die Kanzel, sondern auch der Beichtstuhl benützt. Da wird den Leuten empfohlen, jedes liberale Blatt abzuschaffen und nur die Zentrumspresse zu halten. Manchmal werden Gewaltmaßregeln angewendet, um dieser Anforderung Gehorjam zu verschaffen. Wir wissen, daß bei den letzten Reichstagswahlen auch die Frauen sehr in Anspruch genommen worden sind, um ihre Tätigkeit bei den Männern zu entfalten. Ich habe hier eine ganze Mappe von solchen Dingen zur Verfügung. Der Abg. Fehrenbach hat gesagt, derartige Dinge kämen im Beichtstuhl nicht vor. Wenn sie aber vorkämen, dann müßte er selbst sie als verwerflich bezeichnen. Sie kommen aber vor. Ich werde einen einzelnen Fall aus Balsbach zum Beweise anführen. Es war in diesem Fall das Bemühen der Regierung, den in der Gemeinde durch den Vergleich hergestellten Frieden nicht wieder zu stören. Der Friede wurde aber von demselben Manne gestört, der jene ungeheuerliche Handlung gegen das Mädchen verübt hatte. Er hat Männern und Frauen bei der österlichen Beichte die Absolution verweigert. Er hat den Mitgliedern des Militärvereins die Absolution verweigert. Er hat die Männer, die in den Beichtstuhl kamen, sofort gefragt, ob sie dem Militärverein angehören und in welcher Charge. Wenn er die Antwort erhielt: Ich bin im Vorstand oder dergleichen, dann hieß es: Dann hat die Beichte keinen Zweck, ich kann die Absolution nicht erteilen. Deshalb gingen die Leute an andere, zum Teil weit entfernt gelegene Orte, um die Wohlthaten der Kirche zu erlangen.

Das Zentrum sagt nun: ja, bei den letzten Reichstagswahlen handelte es sich um eine Gefahr für die Religion, darum, ob die christliche Weltanschauung im Reich aufrecht erhalten werden könnte. In den Wahlversammlungen und der Presse war dies zu hören und zu lesen. Hier wagt niemand eine derartige Behauptung aufzustellen, weil er weiß, daß sie unwahr ist. Aber man versucht hier mit Zahlen zu operieren, die durch ein derartiges Vorgehen erreicht worden sind. Dies kann aber nicht verfangen.

Nun haben die Abgg. Fehrenbach und Kopf auf diese Zahlen gewisse Folgerungen aufgebaut und gemeint, die Groß-Regierung habe nun allen Anlaß, wirklich sich ganz außerhalb aller Parteien zu stellen und den Wünschen des Zentrums gegenüber sich gefügig zu zeigen. Das ist eine völlige Verkennung unseres verfassungsmäßigen Regierungssystems. Wir werden nicht regiert nach parlamentarischen, sondern nach konstitutionellen Grundgesetzen. Maßgebend für die einzuhaltende Politik ist der Landesherren, verantwortlich dafür ist die Regierung, die Landstände haben nur das Recht, Wünsche auszusprechen und Kritik zu üben. (Abgeordneter Benedey:

Hört, Hört!) Der Abgeordnete Benedey meint, daß, was er wünscht, wäre auch so. Die Herren vom Zentrum sind aber nicht ganz sicher in ihrer Lage, sie treten nicht stürmend auf, sie empfehlen sich nur der Regierung, indem sie gleichzeitig auf deren wirtschaftliche und politische Tätigkeit Loblieder singen. Der Herr Minister ist ein herzenguter Mann, allein wie hält er es mit den kirchenpolitischen Forderungen des Zentrums? Das wissen wir immer noch nicht. Nur der Abg. Schmidt, das Gretchen (stürmische Heiterkeit), hat an den Herrn Minister die präzise Frage gestellt, wie es damit nun eigentlich sei. Der kirchentreu Mann in seinem Sinn ist selbstverständlich Zentrumsmann. Der Herr Minister ist aber anderer Ansicht, es ist auch die unsere, daß diese Beiden nicht identisch sind. Die Antwort des Herrn Ministers hat uns völlig befriedigt, ob dies auf Seiten des Zentrums der Fall ist, das weiß ich nicht. Der Grundsatz muß doch immer der sein: in politischen, wirtschaftlichen und sozialen Dingen darf die Regierung keine politische Partei kennen. Aber in politischen Dingen darf der Herr Minister doch nicht so ganz außerhalb der Parteien stehen, man hat es früher über oder neben den Parteien genannt, jetzt hat man eine andere Form gefunden. Im Grunde genommen ist es ziemlich das Gleiche. Eine Regierung, die keine politische Partei hinter sich hat, scheint mir des festen Untergrundes zu entbehren, sie steht in der Luft. Wenn die Regierung aber eine solche Unterlage haben will, dann muß sie suchen, welche Partei hat das meiste gemeinschaftlich mit den Zielen der Regierung, dann wird sie von selbst finden, welcher Partei sie am meisten nahesteht.

Der Herr Minister hat verschiedene Meinungen getan, woraus man entnehmen konnte, daß es für ihn nicht erfreulich ist, daß so viele politische Parteien bestehen. Er hat gesagt, es muß ja nicht jeder einer politischen Partei angehören. Darauf ist zu erwidern: Die öffentliche Arbeit wird doch von den Parteien geleistet, jeder praktische Mann muß sich in eine der bestehenden Parteien eingliedern; nur dadurch wird die Arbeit vereinfacht und die Lage geklärt. Die Regierung hat es dann nicht nur mit Einspännern zu tun, sondern sie erkennt aus den Parteien im allgemeinen die Richtung, in welcher die Bevölkerung die Politik geführt wissen will, die Regierung sollte es daher fördern, daß die Parteien sich nicht vermehren, sondern daß möglichst wenig Parteien vorhanden sind. Der Abg. Fehrenbach hat gemeint, wir sollten darauf hinarbeiten, daß die Parteigegegensätze mehr und mehr beseitigt würden. Wenn dies der Fall wäre, dann wäre für die Kleinarbeit, von der ich vorhin sprach, der Boden noch viel mehr geebnet. Dadurch, daß die Parteien sich befähigen, werden die Meinungen geklärt und jeder Staatsbürger kann wählen, welcher Partei er sich anschließen will. Die Voraussetzung für diesen Kampf muß aber immer sein, daß die Waffen, mit denen gekämpft wird, blank sind und insbesondere persönliche Verunglimpfungen des Gegners ferngehalten werden. Das ist nicht immer und überall der Fall, und diese Erscheinungen sind es zumeist, warum das Parteileben scheel angesehen wird.

Zu den Schäden des Parteilebens gehört auch die Entstellung der Wahrheit, die Gerabsetzung der Autorität und eine oft unwahre Kritik von Regierungsmaßnahmen. Dem müssen aber die politischen Beamten entgegenreten, denn es ist neben ihrer wirtschaftlichen und sozialen Aufgabe ihre Pflicht, daß sie die Politik der Regierung klarlegen und etwaige Entstellungen derselben aufklären. Sie müssen für die Regierungspolitik das Volk zu gewinnen suchen, allerdings dürfen sie dabei nicht mit ihrem Amt Mißbrauch treiben. Aus diesem Grunde ist es nicht angängig, daß man zu Verwaltungsbeamten solche Personen ernannt, die in einem entschiedenen Gegensatz zu der politischen

Richtung der Regierung stehen. Es ist mit Recht gesagt worden, Sozialdemokraten können nicht Verwaltungsbeamte werden. Es ist auch gesagt worden, ein entschiedener Zentrumsangehöriger könne nicht in die politische Verwaltung aufgenommen werden, nach meiner Ansicht mit Recht, denn ein Zentrumsangehöriger wird nie ohne Rücksicht auf seine eigene Anschauung rein nach den Weisungen handeln können, die ihm von oben hinsichtlich seiner politischen Betätigung gegeben sind. Wenn die politischen Beamten sich fern halten vom politischen Leben, dann verlieren sie im Land draußen allen Einfluß und sie werden nicht imstande sein, in stürmischen Zeiten eine führende Rolle einzunehmen. Der Herr Minister selbst hat es für nötig gefunden, von Zeit zu Zeit eine Programmrede zu halten. Dies hat ihn aber nicht gehindert, völlig unparteiisch und gerecht seines Amtes zu wachen, und wenn die Verwaltungsbeamten diese Bahnen wandeln, so wird man ihnen ebensowenig Vorwürfe machen können, wie dem Herrn Minister. Es kommt dabei selbstverständlich darauf an, mit Takt und Geschicklichkeit die richtigen Grenzen zu wahren. Es wurden auch im Verlauf der bisherigen Debatte irgend welche begründete Klagen gegen Verwaltungsbeamte nicht vorgebracht, es hat dies eben gezeigt, daß sie, trotzdem sie der nat.-lib. Partei angehören, doch gerecht ihres Amtes gewaltet haben. Ob dies auch der Fall sein würde, wenn wir Amtsvorkände hätten, die dem Zentrum angehören, das muß dahingestellt bleiben. (Widerspruch beim Zentrum.)

Es wird vom Zentrum Parität gefordert, aber ich kann doch aus meinen Erfahrungen aus dem bürgerlichen Leben nur sagen, Parität ist beim Zentrum identisch mit Gleichmäßigkeit in der Ausschließung anders Gesinnter. (Widerspruch beim Zentrum.) Schon zur Zeit Karl Friedrichs war der liberale Gedanke in der Regierungspolitik maßgebend, und dieser allein war imstande, das aus verschiedenen Teilen zusammengesetzte Land innerlich zusammenzuschweißen, so daß heute der Zustand besteht, daß wir, wie der Abg. Fehrenbach gesagt hat, alle uns einig fühlen als treue Söhne eines Landes. In den späteren Zeiten des Verfassungslebens war es ebenfalls der liberale Gedanke, der bewirkt hat, daß die badische Regierung ein leuchtendes Beispiel wurde für die anderen Staaten. Die Regierung hat ihren Standpunkt bewahrt auch in schweren Zeiten, wo anderwärts die Reaktion gewaltet hat. Auch in den 60er Jahren ist das große Werk begonnen worden, daß der Staat in seiner jetzigen Gestalt hergestellt worden ist, nämlich der auf liberaler Grundlage bestehende Rechtsstaat. Der Abg. Benedek hat freilich gesagt, in den letzten 10 Jahren wäre der Liberalismus in der Partei zurückgegangen. Er hat als Beweis angeführt, daß die Forderung des direkten Wahlrechts nie zum Durchbruch gekommen sei.

Es scheint mir nun noch nicht ganz entschieden, ob wir der Erfüllung der Forderung des direkten Landtagswahlrechts jetzt näher gekommen sind, als zu den Zeiten, da die nationalliberale Partei die Vorschläge der Kantelen gemacht hat. Jetzt haben wir keine Kantelen mehr, aber, wie der Herr Minister in seiner dialektischen Gewandtheit sich ausgedrückt hat, „Gegengewichte“. Wie groß der Unterschied zwischen Kantelen und Gegengewichten ist, wird sich vielleicht noch zeigen. (Abg. Fröhlich: Sehr gut!) Der Abg. Fehrenbach hat auch für das noch gar nicht geborene Kind bereits die Großvaterwürde in Anspruch genommen. Der zärtliche Großvater will über alle Fehler hinwegsehen, will die Gegengewichte nehmen, wie sie sind. (Weiterf., Widerspr. b. Zentr.) Wir dagegen müßten jede verwandtschaftl. Beziehung mit einem Kind ablehnen, das mit entstellenden Jerven behaftet wäre. Das Zentrum scheint zu erwarten, daß das Kind seine Kräfte steigern wird. Es wird sich zeigen, ob es sich bewahren

wird. Die geschichtliche Entwicklung unseres Landes, seine Bedürfnisse und die Stimmung der Bevölkerung lassen keine Aenderung der politischen Richtung im Sinne des Zentrums zu. Die Regierung muß festhalten, auch wenn das Zentrum vorübergehend die Mehrheit erlangen sollte, und muß diese Festigung in der Betätigung ihrer Grundsätze zeigen. Es liegt nahe, zum Schluß einen Ausblick zu werfen auf die Verhältnisse in Bayern, das so viele Vergleichspunkte bietet. Auch in Bayern hat es eine liberale Regierung Jahre lang für gut befunden, den Zentrumswünschen immer mehr Konzessionen zu machen. Was hat sie damit erreicht? Keine Befriedigung, sondern eine Vermehrung der Wünsche! Heute hat das Ministerium Coudewils, der bei seinem Amtsantritt in den bewährten Bahnen des Vorgängers zu wandeln versprochen hatte, einen völligen Kniefall vor dem Zentrum gemacht und vollkommen gebrochen mit den liberalen Traditionen. Das mag auch uns eine Lehre sein, dem Großh. Ministerium, das übrigens in der schwierigen Situation sich gut zurecht gefunden hat, den Demokraten und Freisinnigen, die zu unserer Linken sitzen, und den Sozialdemokraten. (Zurufe: Und den Nationalliberalen!)

Abg. Eichhorn: Es war heute wieder gelegentlich von der Abkürzung der Verhandlungen die Rede, ja sogar schon ein Schlußantrag vorbereitet. Auch ich hätte auf das Wort verzichtet, wenn nicht in den 6 Tagen der bisherigen Generaldebatte verschiedene Angriffe auf uns erfolgt wären. Nachdem indes der Abg. Obkircher den Kulturkampf aufgerollt hat, hat es ja keine Eile. Ich werde mich gleichwohl bemühen, nicht zu lang und breit zu erwidern und nicht in Einzelheiten einzugehen. Dazu wird noch die Spezialdebatte Gelegenheit geben.

Zunächst einige Bemerkungen gegenüber dem Abg. Goldschmidt, dem Repräsentanten des heutigen Liberalismus, in Wahrheit dem eigentlichen Urbild der Reaktion. Er hat es als harmlos hingestellt, daß Amtmann Arnspurger an einer Wahlversammlung mit Freibier teilgenommen hat, namentlich, weil er das Freibier nicht bezahlt habe. Daß Amtmann Arnspurger das Freibier bezahlt habe, habe ich gar nicht behauptet. Daß er aber nicht zum Zwecke des Vergnügens, sondern um unabhängige Wahlagitator zu treiben, nach Zenthern gegangen ist, beweist der Apparat, den man in Szene gesetzt hat, das Aufgebot des Militärvereins und der Feuerwehr.

Der Abg. Goldschmidt hat es auch fertig gebracht, den Erlaß des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Baden zu rechtfertigen. Wenn man sich an die Zeiten der Wahlagitator erinnert, an die Unmassen der dabei verbreiteten Flugblätter, die bedeckt waren mit dem Lobe unserer sozialen Gesetzgebung, und den Erlaß des Herrn Rasina dagegen hält, so ist es unverständlich, wie man diesen Erlaß noch billigen kann. Das ist mir verständlich vom Standpunkt des Abg. Goldschmidt aus. Das Risiko, das den Arbeitern durch Arbeitslosigkeit und Unfälle droht, steigt von Tag zu Tag. Zum Teil bestehen noch gar keine Unfallverhütungsvorschriften — z. B. für unsere Bauarbeiter —. Die von uns dringend geforderte Verordnung zum Schutz dieser Arbeiter im Baubetrieb ist bis jetzt immer noch nicht erlassen. Gleichwohl wird ein Erlaß gebilligt, der das geringe Entgegenkommen gegenüber den Arbeitern so gut wie aufhebt. Die Invaliden- und anderen Renten sind nicht so verlockend, daß es sich für einen Arbeiter lohnte, sich mit der Wahrheit in Widerspruch zu setzen und wegen der geringen Mittel, die verwendet werden, eine strafbare Handlung zu begehen. Man sollte sich auf den Standpunkt stellen: lieber 10 Arbeitern die Rente gewähren, die sie nicht voll verdienen, als einem einzigen sie versagen, der sie zu beanspruchen hat. Man lasse doch endlich das Kennormieren mit der sozialen Gesetzgebung und rede nicht immer wieder von

den undankbaren Arbeitern. Lieber sollte man den Erlaß des Herrn Rasina bei kommender Gelegenheit in Millionen von Exemplaren drucken und verbreiten lassen! Der Abg. Goldschmidt hat auch verteidigt, daß unsere politischen Versammlungen, zum Teil unter Anführung von Bürgermeistern, gesprengt wurden. Bei dem großen Sündenregister, daß die nationalliberale Partei in dieser Hinsicht aufzuweisen hat, hätte er allen Anlaß gehabt, dieses Thema nicht anzuschneiden.

Die Nationalliberalen haben zuerst vor, unter und nach dem Sozialistengesetz einen unangebrachten Ton in den Versammlungen angeschlagen, systematisch unsere Versammlungen gesprengt und Säle abgetrieben. Ich erinnere nur an Bruno Sparisch in Leipzig. Weisviele aus Baden wird mein Fraktionskollege Luz noch anführen. Ich verweise für heute nur auf Oestringen, wo eine Versammlung des Konservativen v. Marschall gesprengt wurde.

Der Abg. Wildens hat sich gewundert, daß ich verlange, die Bürgermeister sollten keine Wahlagitatoren sein. Er meint, diese Forderung steht mit meiner Freiheitsliebe nicht im Einklang. Der Beamte läßt sich aber nicht einfach ausziehen, man wird ihm deshalb jede politische Betätigung überhaupt untersagen müssen. Dafür ist er ein Mitglied der Staatsverwaltung. Die Staatsverwaltung ist für alle da, nicht für eine Partei. Sie wollen aber, daß das Ministerium sich ganz in den Dienst einer Partei stellt und daß alle Beamten Wahlagitation treiben. Es ist unmöglich, einem Manne zuzutrauen, daß er in eine Versammlung geht und sich als objektiver Vertreter der Regierungsanschauung geriert. Unwillkürlich wird er Stellung nehmen müssen, ins Parteigetriebe gezogen werden und auf andere Parteien los schlagen, die an der Regierungspartei etwas auszusetzen haben. So kommen wir dazu, daß wir eine Staatsverwaltung haben die mitten im Parteileben steht und eine einzelne Partei begünstigt. Für eine solche Regierung müssen wir uns noch mehr bedanken, als für eine solche, die wir als eine Massenregierung bezeichnen müssen, die sich aber augenblicklich nicht so ausschließlich für eine einzige Partei interessiert, wie dies früher der Fall war. Wenn Sie sagen, die guten Zustände in Baden seien eine Folge jener Parteiregierung, so erlauben Sie, daß wir da zweifeln. Seit den Jahren der Reaktion hat es in Baden keine Periode gegeben, in der so viel gegen den Geist des Liberalismus geschehen ist, als in der Zeit, wo das Ministerium im Schlepptau der Nationalliberalen ging. Damals war die Regierung nicht liberal. Ich erinnere Sie nur an die Wahlrechtsfrage, die der Abg. Obkircher nicht ganz vorläufig angeknüpft hat, und an die von Ihrer Partei geforderten Kautelen und Verschlechterungen. Vielleicht haben Sie sogar diese Verschlechterungen in der Erwartung gefordert, daß sie nicht angenommen würden, und damit das direkte Wahlrecht für immer fern gehalten würde. Wäre Ihnen nicht durch die Agitation der demokratischen Parteien unter dem Lösungswort des direkten Wahlrechts ein Sitz nach dem andern verloren gegangen, dann wäre es Ihnen im Leben nicht eingefallen, für das direkte Wahlrecht zu stimmen. Ich erinnere nur an den Abg. Fieser, der gesagt hat: Wir werden doch nicht den St. abgeben, auf dem wir sitzen. Das war Ihre Politik, da kann man doch nicht von liberaler Politik reden. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.)

Wenn wir die Forderungen aufstellen, daß die Beamten nicht Wahlagitatoren sein sollen, so befinden wir uns mit unserem Prinzip der Freiheit nicht in Widerspruch. Wir fassen den Staat nicht als Dienerin einer gewissen Klasse auf, sondern als Vertreter der Gesamtbevölkerung. In dieser gibt es eine Reihe von Parteien, die ihre Berechtigung haben. Deshalb ist es un-

möglich, daß die Vertretung der Gesamtbevölkerung in den Kampf geht, um für eine einzige Partei Stellung zu nehmen. Der Herr Minister hat gesagt, die Regierung müsse einheitlich sein, er könne niemand dulden, der gegen die Regierungsmassnahmen arbeiten würde. Wenn wir die Möglichkeit einer Regierung hätten, die aus allen Parteien zusammengesetzt ist, ließe sich ja darüber reden, daran ist aber nicht zu denken.

Der Herr Minister hat geglaubt, mir einen Vorwurf machen zu dürfen, indem er sagte, daß ein Eichhorn natürlich etwas gutes nicht anerkennen kann. Dies ist ein Zerrtum vom Herrn Minister. Ich anerkenne, daß es mit dem Vereinsrecht, Koalitionsrecht und der Pressefreiheit bei uns besser steht, als anderswo. Wir haben auch nicht über die polizeiliche Ueberwachung geklagt, weil sie uns sehr unangenehm wäre, sondern nur, um das zweierlei Recht zu illustrieren. Es ist ja nicht gesagt, daß die Polizeileute immer einer besseren Einsicht verschlossen wären. Ich kann mich aber des Verdachts nicht entschlagen, als ob es nicht der freien Entscheidung des Ministeriums entspräche, daß diese Freiheiten bestehen. Vielleicht fühlt aber die Regierung, daß das Volk nachgerade mündig geworden ist, u. sich kleinliche Bevormundung nicht gefallen läßt. Vielleicht will die Regierung auf diesem Gebiet die Blamage der sächsischen Regierung auch nicht mitmachen. Um eine Maßregel auf diesem Gebiete lächerlich zu machen, braucht man sie nur als sächsisch zu bezeichnen.

Ich will auch anerkennen, daß die Haltung der Regierung im Streit zwischen Ärzten und Kassen in Konstanz durchaus lobenswert war, daß auch die sanitären Maßnahmen unsere volle Billigung finden. Dies sind aber nur Kleinigkeiten. Ich habe es gar nicht für nötig gehalten, anzuerkennen, daß die Regierung auch in gewissen kleineren Dingen einem vernünftigen Fortschritt huldigt. Ich hielt es vielmehr für zweckmäßiger, die Differenzpunkte in den Vordergrund zu rücken. Die Gesamtbeurteilung des Ministeriums kann um keinen Ton freundlicher ausfallen, als in meiner ersten Rede. In großen Angelegenheiten hat die Regierung es immer fehlen lassen; einmal was das Wahlrecht anbelangt. Ich will aber hierauf nicht näher eingehen.

Eine andere Frage, in der die Regierung auch einen Standpunkt einnimmt, den wir unter keinen Umständen billigen können, ist die Frage des Oktrois. Der Herr Minister hat an einem der ersten Tage der Debatte eine Bemerkung gemacht über die Aufhebung des § 13 des Zolltarifgesetzes, über deren Tragweite man sich nicht ganz klar sein konnte. Ich hoffe, daß er Gelegenheit nimmt, auszusprechen, welche Stellung die Regierung gegenüber einem etwaigen Antrag auf Aufhebung des § 13 einnehmen wird. Daß die Herren von Seiten der nationalliberalen Partei und des Zentrums keine Freunde der Aufhebung des Oktrois sind, das begreife ich, denn das Oktroi ruht auf den Schultern der ärmeren Leute. Wird es aufgehoben, dann wird man zu einer Erhöhung des Umlagefußes kommen, was in erster Reihe die höheren Einkommen trifft. Ihre Wähler also haben ein Interesse daran, daß das Oktroi fortbesteht, wir dagegen verurteilen das Oktroi, aus prinzipiellen und Gerechtigkeitsgründen, denn jede indirekte Steuer ist eine ungerechte. An ihrer Stelle fordern wir eine progressiv ansteigende Einkommenssteuer, verbunden mit einer Vermögenssteuer oder Erbschaftsteuer oder einer anderen direkten Steuer, bei denen jeder nach seiner Leistungsfähigkeit herangezogen wird. Die indirekte Besteuerung wirkt umso ungerechter, als der größte Teil der Staatsausgaben nur für die besitzenden Klassen aufgewendet wird; ich weise nur hin auf die Mittel- und Hochschulen, auf die alleinige Vertretung der besitzenden Klassen im Beamtenberuf und auf die Einrichtungen zum Schutz des Eigentums. Will man das Oktroi wieder beseitigen, so

wäre dies ein direkter Verstoß gegen Treu und Glauben. Der Abg. Goldschmit hat ja bestätigt, daß eine Reihe von Stimmen im Reichstage zur Mehrheit gefehlt hätte, wenn man nicht den § 13 gegeben hätte. Die Masse der Bevölkerung hat diesen Paragr. auch nie als etwas anderes, als einen Köder aufgefaßt. Zu der Ungerechtigkeit in der Befassung des Volkes kommt noch die politische Ungerechtigkeit. Die Scheidung zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden durchzieht unser ganzes politisches Leben. Wir haben das Prinzip der Rechtsungleichheit niedergelegt auch in der Gemeindeordnung bei der Wahl zum Bürgerausschuß. Wenn wir den Proporz hätten, so säße meine Partei nicht mit 6, sondern mit 14 Mitgliedern hier, die nationalliberale Partei aber mit ungefähr 19. Das Zentrum hätte von diesem Wahlsystem ebenso, wie wir, nur Vorteile. Warum hat man auch bei der Landtagswahl nicht einen Ausgleich nach gerechten Grundsätzen eintreten lassen? Weil dem die Interessenpolitik der herrschenden Klasse widerspricht, weil man nicht will, daß die große Masse gleichberechtigt wird mit den andern; hat doch der Herr Minister selbst ausgesprochen, daß die Arbeiter nichts zu suchen hätten in der Ersten Kammer, dieser Dualitätenvertretung. Daß wir eine solche Politik nicht mitmachen, versteht sich von selbst.

Auf die Frage des Zolltarifes will ich nicht mehr eingehen, das Buch von Sedt ist ja genug angegriffen worden; ich habe die Empfindung gehabt, daß es sich um eine ernste wissenschaftliche Arbeit handelt, und daß das Material, das darin beigebracht worden ist, beweiskräftig genug ist. Auch auf die Ansichten des Finanzministers Buchenberger will ich mit Rücksicht auf das traurige Vorkommnis seines plötzlichen Hinscheidens nicht näher eingehen.

Was das Zentrum in Wahrheit über den Zolltarif gedacht hat, ergibt sich aus Äußerungen der Reichstagsabgeordneten Marbe und Schüler. Ersterer hat ausdrücklich gesagt, der Zolltarif nütze unseren Landwirten nicht einen Deut. Mehnlich hat sich der Abg. Schüler ausgesprochen; nachher erklärte er, er habe nicht um der Getreidezölle, sondern um des erhöhten Weinzolles willen für den Zolltarif gestimmt. (Abg. Schüler: Das ist nicht wahr!) Vielleicht klärt er das nachher auf.

Der Abg. Blankenhorn hat letzten Samstag eine große Rede über die bei der Beratung des Zolltarifs im Reichstag getriebene Obstruktion gehalten. Er hat uns vorgeworfen, daß wir Obstruktion getrieben hätten, und hat behauptet, die Vorkommnisse im Reichstag seien erst die Folge der Obstruktion gewesen. Ich persönlich halte an und für sich die Obstruktion für berechtigt, als ein gesundes Korrelat des vielleicht zufälligen Mehrheitsprinzips in der Volksvertretung. Wenn die Minderheit glaubt, die Mehrheit des Volkes hinter sich zu haben, so treibt sie mit Recht Obstruktion. Es fragt sich nur, wie sich das Volk dazu stellt. In die Obstruktion in Oesterreich braucht man nicht zu denken. Dort liegen die Dinge anders, als bei uns. Sie ist nicht zu vergleichen mit der vielleicht im Reichstage gegenüber der lex Heinze und dem Zolltarif getriebenen Obstruktion.

In beiden Fällen war die Mehrheit des Volkes auf der Seite derjenigen, die sich gegen die dem Reichstag zugegangenen Gesetzesvorlagen wehrten. Wir waren zu derartigen Mitteln gezwungen, weil man nicht die von uns verlangte Volksabstimmung hat vornehmen lassen. Wenn sich heute die Nationalliberalen der bei der lex Heinze getriebenen Obstruktion schämen, so mögen sie das tun. Sie beweisen damit, daß es ihnen nicht ernst war mit der Opposition gegen die lex Heinze. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Bei der ungeheuren Bedeutung des Zolltarifs aber, der vielleicht auf ein Vierteljahrhundert geschlossen und auf Grund dessen Gan-

deltsverträge sicher auf ein Duzend Jahre hinaus gemacht werden sollten, kann man es dem Volke nicht verargen, wenn es wünschte, daß ihm auch Gelegenheit gegeben würde, ein Wort mitzusprechen. Die Gegner des Zolltarifs waren deshalb von vornherein dafür, daß er nicht über das Knie abgebrochen, sondern daß die Wahlen abgewartet werden möchten. Die Mehrheit der Bevölkerung hat sich ferner direkt gegen den Zolltarif erklärt. Es sei nur an die von der sozialdemokratischen Partei veranlaßte Millionenpetition erinnert. Dieses Verhalten der Mehrheit des Volkes war eine Richtschnur für die Minderheit des Reichstages. Alles, was geschehen konnte, ist nun aber seitens der Mehrheit geschehen, um den Zolltarif durchzupfeitschen. Wenn von einem Verbrechen die Rede sein kann, dann war das Verhalten der Mehrheit des Reichstages ein solches. Der Abg. Blankenhorn hat gesagt, der Zolltarif sei ja in der Kommission eingehend beraten worden. Das ist doch eine etwas gewagte Behauptung. Bei sehr vielen Positionen wurde die Beratung in der Kommission abgebrochen mit der Bemerkung, es werde sich ja im Plenum noch Gelegenheit bieten, darüber zu reden. Baffermann selbst hat eine eingehende Beratung des Zolltarifs im Plenum als selbstverständlich hingestellt. Und wie hat man nun dieses Versprechen eingelöst? Der Antrag Nischidler kürzte das Verfahren wohl einigermaßen ab, aber man hatte nicht weniger als 1000 Positionen durchzubraten! Da wurde der Antrag v. Kardorff, der dem Artikel 19 der Geschäftsordnung des Reichstages direkt ins Gesicht schlägt und der verlangte, daß über den ganzen Zolltarif mit seinen 100 Positionen in einer einzigen Abstimmung entschieden werden solle, gestellt, vom Präsidenten, Graf Ballestrem, leider als zulässig erklärt und vom Reichstag angenommen. Damit wurde der Zolltarif förmlich abgewürgt — zum Schaden des deutschen Volkes. Zum Schluß kam noch der Geschäftsordnungsantrag, wonach die Zulassung von Rednern zur Geschäftsordnung vom freien Ermessen des Präsidenten abhängig sein sollte und auch jeder an sich zugelassene Redner nicht länger als 5 Minuten das Wort nehmen durfte. Kann man sich denn als Volksvertreter schlimmer selbst ins Gesicht schlagen und ärger in der Öffentlichkeit diskreditieren? Wenn sich der Abg. Blankenhorn über den Hohn und Spott meiner Partei beschwert hat, so sage ich: dieser Hohn und Spott war vollkommen verdient; er war uns vorgemacht von der Zolltarifmehrheit. Nach dieser Entwürdigung des Parlamentarismus konnte Schlimmeres nicht kommen.

Wer im Recht war, hat das Urteil des Volks gezeigt. Nicht allein Rommisen, sondern viele andere Männer haben sich in derselben Schärfe gegen die Nationalliberalen erklärt. Der Kammergerichtsrat Karsten in Berlin, der ausdrücklich erklärt, er sei auf Seite der Gemäßigten, verurteilte den Antrag Kardorff aufs schärfste. In München ist Loß aus der nationalliberalen Partei ausgeschieden. Betrachten Sie ferner die Wahlen als Volksurteil. Sind nicht alle hervorragenden Agrarier aufgelogen? Hier in Baden auch einer, Lude. Ist nicht der Schleppträger der Agrarier, Baffermann, selbst auch aufgelogen? Das war doch eine Antwort auf den Zollkampf, wie sie besser nicht gegeben werden konnte. Wir können allerdings zufrieden sein. Die Sozialdemokratie hat nicht nur eine Million Stimmen, sondern auch um 25 Mandate zugenommen. Dieses Volksurteil könnte sich der Herr Minister auch einmal etwas näher anschauen. Er hat sich verschiedentlich mit unserer Partei beschäftigt in einer Weise, die — ich will nicht sagen, unsere Billigung nicht findet, darauf wird der Herr Minister keinen Anspruch machen — aber in einer Weise, die seiner Stellung nicht entspricht. Der Herr Minister erhebt gewiß den Anspruch, ernst genommen zu werden. Es zweifelt auch

niemand im Hause daran, daß der Herr Minister eine bedeutende wissenschaftliche Befähigung hat und ein ausgezeichneter Beamter ist. Um so auffälliger erscheint uns seine Rolle als Politiker speziell gegenüber unserer Partei. Man hält es nicht für möglich, daß der Herr Minister eine solche subalterne Auffassung von einer Partei hat, die im Augenblick die stärkste in Deutschland ist. Einer solchen Partei wird vom Herrn Minister gesagt: „Was ist denn eure Partei? Eure Hezerei und Agitatoren haben sie zusammengebracht. Die Hezerei wird aber natürlich nicht hier im Hause getrieben“. Ich würde es dem Herrn Minister nicht übel nehmen, wenn er mir direkt sagen würde, daß auch ich als Agitator dazu beigetragen habe, die 3 Millionen Stimmen aufzubringen. Ich wäre vielleicht stolz darauf. Und die sogenannte Hezerei? Der Herr Minister verkennet vollständig den Wert der sozialdemokratischen Presse, den nicht nur wir, sondern auch ganz konservativ gesinnte Kreise nachdrücklich anerkennen. Die sozialdemokratische Presse hat erst eine gewisse Selbstkritik ins öffentliche Leben gebracht, allerdings hat sie hin und wieder über die Schnur, weil sie mitten im Kampfe steht. Sie hat das Verdienst, auf tausend Mißstände hingewiesen zu haben, die dann abgestellt wurden. Wenn wir einmal eine falsche Nachricht für bare Münze nehmen, dann soll man nicht generalisieren, und sagen, unsere Presse sei nur eine Hezerei. Die Hezerei steckt ganz wo anders. Sehen Sie die Amtsverkündiger an. Die hezen gegen uns. Es ist unrichtig, daß die sozialdemokratische Bewegung das Werk von Rednern, Agitatoren oder Zeitungen sei, die die Bevölkerung systematisch verhetzen; wenn die Partei durch Reden groß geworden wäre, könnte sie doch auch durch Reden aus der Welt geschafft werden. Warum hat der Herr Minister die Sozialdemokratie noch nicht tot geredet? Er ist zweifellos ein begabter und gewandter Redner, als wir alle zusammen. Warum hat er die 3 Millionen-Partei noch nicht aufliegen lassen? Die Wurzel unserer Bewegung liegt eben ganz wo anders, als der Herr Minister glaubt. Ist unsere Partei am Sozialistengesetz etwa zugrunde gegangen? Gewiß nicht! Die Bewegung ist gewachsen und wird wachsen; unser Ziel ist die Wohlfahrt aller, die in freier Selbstbestimmung tätig sind, die Gerechtigkeit und Wohlfahrt im politischen und wirtschaftlichen Leben. Unsere Tätigkeit richtet sich gegen die politische und wirtschaftliche Ungerechtigkeit. Wollen Sie die Sozialdemokratie verschwinden lassen, so haben Sie kein besseres Mittel, als einfach die Ungerechtigkeit zu beseitigen. Das wollen Sie aber nicht. Es liegt weniger am Verständnis, als am guten Willen. Man will nicht, weil die Verbesserung der Lage der Arbeiter auf Kosten der Stellung der im Augenblick bedorredigten Klasse geschehen müßte. Ich habe schon vorhin auf die Mißachtung hingewiesen, die darin liegt, daß der Herr Minister nicht die Arbeiter in der Qualitätsvertretung der Ersten Kammer sehen will. Dies ist ein Beweis, daß man die Arbeiter als Mitglieder der großen Masse behandelt, die als einzelne keine Berechtigung haben, weil sie nichts besitzen. Diese Mißachtung geht auch auf die Arbeitervertretung, die Sozialdemokratie, über. Der Abg. Goldschmit hat Ausnahmegesetze empfohlen. Er hat dies so ausgebrütet: es müsse ein Damm aufgerichtet werden gegen die Sozialdemokratie. Solche Bemerkungen kann ich nicht allzu schwer abwägen. Es ist ein komisches Bild, den Abg. Goldschmit sich als Dammgräber gegen die Sozialdemokratie vorzustellen. (Geisterzeit.) Aber Sie, meine Herren, sollten sich verbitten, daß einer aus Ihren Reihen solche längst überwundene Anschauungen kund gibt. Wir sind Ihnen doch sonst nicht so unangenehm. Ich erinnere nur an die Stichwahlen, wo aus nationalliberalen Reihen ein starkes Gurren nach den so-

zialdemokratischen Stimmen zu hören war. Man glaube ja nicht, die Sozialdemokratie mit einigen Redewendungen abtun zu können, wie z. B. der Herr Minister sagte, die Sozialdemokratie führt in einen Sumpf mit Zwangsarbeit. Sind denn nicht heute schon die Arbeiter zur Arbeit gezwungen, wenn sie nicht verhungern wollen? Wir wollen die Arbeiter aus diesem Sumpf herausführen zu einer freiwilligen Arbeit, wo es keine Drohnen und Parasiten gibt, die von der Arbeit anderer leben. Unser wirkliches Bestreben kann man mit solchen Schlagworten nicht abtun, man muß es ernsthafter würdigen, als es der Herr Minister getan hat.

Der Herr Minister hat uns für ganz besonders bekämpfungswert hingestellt, weil wir die Monarchie bekämpfen. Diese Frage spielt aber im Prinzip des Sozialismus eine nebensächliche Rolle. Darüber brauchen wir uns die Köpfe nicht zerbrechen. Ich habe mich gewundert, daß der Herr Minister so bewandert ist in diesen Kniffen, die man sonst als jesuitisch bezeichnet. Ich will ihn aber daran erinnern, daß wir in Deutschland anerkannte Republikaner haben, nämlich die Hamburger, und ich glaube nicht, daß, wenn ein Hamburger in Baden angeklagt würde, er sich so rasch zum Monarchismus bekehren würde. Wir haben auch Fälle, wo sehr hochstehende Herren die Verfassung gebrochen haben, ohne vorher einen anderen Eid geschworen zu haben. Ich erinnere nur an den Preußenkönig, der die Verfassung aufgehoben und dann eine neue aufgetroiet hat. Auch den Abg. Goldschmit will ich daran erinnern, daß im Jahre 1866 mancher in schweren Konflikt gekommen wäre mit dem Verfassungseide, nicht nur, daß man gebilligt hat, daß man Hannover einfach wegsetzte; Treitschke wollte sogar, daß Sachsen einfach durch Preußen annektiert werde. Sie hatten also keinen Grund, andern Vorhalt zu machen. Der Herr Minister hat gesagt, die Sozialdemokratie sei nicht nur antimonarchisch, sondern sie wende sich sogar gegen den Staat. Was ist eigentlich der Staat? Ist er einfach ein Götzenbild, vor dem wir anbetend niederknien? Der Staat ist doch die Gesamtheit der Bevölkerung, er ist doch nicht eine leere Form, die um ihrer Existenz willen da ist. Was wir unter Staatsinteressen verstehen, ist die Sorge um das Wohl des Volkes, und von dem Gesichtspunkte aus sind wir nichts weniger als Staatsfeinde. In welchem Zusammenhang aber stehen die Marotten hoher Persönlichkeiten, wie die Puppenallee und der Sang an Aegir, mit dem Staatsinteresse? (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Dr. Günner: Ich habe schon wiederholt gesagt, man soll die Person des Deutschen Kaisers nicht in die Diskussion hereinziehen. Das geschieht hier auf mittelbarem Wege.

Abg. Eichhorn (fortfahrend): Man kann sehr wohl im Interesse des Staates tätig sein, ohne daß man die jeweils herrschende Form desselben billigt, man kann auch im Interesse des Staates tätig sein in der Art, daß man bestrebt ist, eine andere Staatsform herbeizuführen. Wir sind Staatsfeinde, so lange der heutige Staat mißbraucht wird zur Unterdrückung eines Teils der Bevölkerung. Statt uns zu bekämpfen, sollten Sie dazu mithelfen, daß in Umkehrung des Satzes „ubi bene, ibi patria“ der Satz gilt, „da wo mein Vaterland ist, da geht es mir gut“.

Minister des Innern Dr. Schenkel: Die Ausführungen des Herrn Abg. Eichhorn geben mir nur in sehr wenigen Punkten Anlaß dazu, das, was ich früher schon gesagt habe, zu ergänzen oder gar zu berichtigen. Nur auf vier Punkte will ich eingehen, was sich ja auch bei der schon lange dauernden Generaldebatte und der heutigen vorgeschrittenen Zeit empfiehlt. Das erste ist, daß der Herr

Abg. Eichhorn mir vorgeworfen hat, ich hätte hinsichtlich der Entstehung der Sozialdemokratie in meinen bisherigen Reden behauptet, sie sei im wesentlichen nur deshalb so groß geworden, weil sie sich auf die Hege und die Agitation und die unruhigere Aufregung der Massen stützt habe. So etwas kann ich aber hinsichtlich der Entstehung der Sozialdemokratie, einer anerkannt großen und weit ausgebreiteten Bewegung, nicht gesagt haben. Und wenn der Herr Abg. Eichhorn nicht bloß einzelne herausgegriffene Worte und nicht bloß das betrachtet hätte, was ich in den bisherigen Sitzungen gesagt habe, wenn er vielmehr zurückgeblieben hätte in die Verhandlungsberichte des vorigen Landtags, wo ich mich auch schon über die Entstehung der Sozialdemokratie ausgesprochen habe, da hätte er gefunden, daß meine Anschauung über die Entstehung der Sozialdemokratie eine wesentlich andere ist. Ich habe damals gesagt: Die Sozialdemokratie ist zu einem großen Teil eine berechnete, aus gesunden Motiven hervorgegangene Bewegung; ich möchte daher ihre Vertreter hier im Hause nicht missen. Die Bewegung will eine Vertretung schaffen für die unteren Schichten unseres Volkes, für diejenigen, die von der Hand in den Mund leben und nicht viel Kapital besitzen. Dies ist aber keineswegs eine ungegliederte und gleichartige Masse von Armen oder gar etwa ausschließlich von Fabrikarbeitern, sondern eine ungemein verschiedenartig zusammengesetzte breite Schicht unserer Bevölkerung; dazu gehören nicht nur die, welche in den Fabriken die Maschinen bedienen, sondern auch viele derer, die auf dem Felde das Wachstum der Früchte vorbereiten, die auf den Straßen und Flüssen fahren und auf dem Meere segeln, die Schichten derer, die zum Teil noch recht arm sind, zum Teil aber auch in der wirtschaftlichen und kulturellen Aufwärtsbewegung begriffen, gefördert von der Hand, die ihnen aus den oberen Schichten gereicht wird. Die Herren Sozialdemokraten, namentlich eine Anzahl hervorragender Führer, Leute, die aus unserer Schicht, aus der Schicht der höher Gebildeten und der Kapitalisten hervorgegangen sind, haben die sozialen Bedürfnisse dieser großen, vielgliederten Schicht ergründet, sie haben verstanden, zum großen Teil die Angehörigen derselben um sich zu schaaren, und sie haben daraus eine bei den Wahlen in Deutschland große Erfolge erzielende Partei geschaffen. Diese Partei hat an sich eine durchaus richtige und erstrebenswerte Aufgabe, nämlich die, die unteren Schichten unseres Volkes nicht bloß wirtschaftlich, sondern auch in ihrer Kultur weiter emporzuheben, eine Aufgabe, die naturgemäß nur langsam zu Erfolgen führen kann. Dieses Ziel ist aber keineswegs ausschließlich eine Aufgabe der sozialdemokratischen Partei. Vielmehr haben sich alle anderen Parteien, nachdem die Bestrebungen vielleicht zuerst bei der sozialdemokratischen Partei hervorgetreten sind, die gleiche Aufgabe gestellt. Die Sozialdemokratie kann also nicht für sich allein das Recht beanspruchen, die Förderin der Interessen der unteren Schichten zu sein. Sie hat vielmehr nur besondere Mittel gefunden, um sich als diese alleinige Förderin hinzustellen. Zunächst stehen ihre Führer in der engsten sozialen Beziehung zu den Parteigenossen, mit deren Instinkten sie tief verwachsen sind. Das ist ein großer Vorzug für den politischen Kampf.

Sodann aber hat sich die Sozialdemokratie zur Förderung ihrer Parteibewegung besondere Ziele gesteckt, die ihrer Sache vielleicht nützlich sein mögen, aber undurchführbare und für das ganze Staatsleben gefährliche sind. Vor allem gab sich die Sozialdemokratie zunächst als Vertreterin des trivialen Materialismus, der die geistigen Kräfte im Weltzusammenhang leugnet und nicht anerkennt, als „Kraft“ und „Stoff“, der erklärt, die Religion sei für den Menschen überflüssig und nur erfunden zu dem Zweck, mit dem Jenseits diejenigen zu

trösten, denen es hier nicht gut genug geht. Diese materialistische Tendenz beginnt freilich allmählich zu verblasen; die Sozialdemokratie merkt, daß ihr die Verbreitung derartiger materialistischer Auffassungen auf die Dauer schadet — nicht bloß auf dem Land, sondern auch in der Stadt, namentlich bei den Frauen. In dieser Beziehung hat die Sozialdemokratie ihre Bestrebungen wesentlich abgestumpft, und ich hoffe, daß sie mit der Zeit den Satz: „Religion ist Privatsache“ umbiegen und die Religion als etwas anerkennen werde, was auch der „bewußte Sozialdemokrat“ nicht von vornherein abzutun hat.

Zum zweiten wenden sich die Ziele der Sozialdemokratie in bedenklicher Weise gegen unsere derzeitige Staatsverfassung und gegen die nationale Eigenschaft unserer Staatswesens. Daß sie bestrebt ist, die Monarchie abzuschaffen, ist uns auch heute wieder zugestanden worden; aber nicht bloß die Monarchie wollen Sie beseitigen, sondern die Art Ihrer Agitation hat auch zur Folge, daß die echte Liebe zu dem heimatlichen Boden, das Eintreten für das Vaterland, die auf dem ursprünglichen Gefühl beruhende und nicht nach Gründen fragende Hingebung an die Heimat und den heimatlichen Staat für große Teile des Volkes zerstört und veredelt wird. (Beifall.)

Endlich hat die sozialdemokratische Bewegung, und damit hat sie zunächst eine reiche Ernte gemacht, sich die Einführung einer neuen Gesellschaftsordnung zum Ziel gesetzt, bei der nicht mehr die einzelnen die Produktionsmittel besitzen und über sie verfügen können, sondern bei der diese Mittel zum Eigentum der Gemeinschaft werde, bei der von oben herab durch die Gemeinschaftsorgane alle geistigen und körperlichen Arbeiten nach der Befähigung des einzelnen verteilt werden, derart, daß die so erzeugten Produkte alsdann allen Gliedern der Gesellschaft durch weise Verteilung gleichmäßig zugute kommen sollen. Diese neue Gesellschaftsordnung ist ein gefährliches Trugbild; ihre Einführung setzt Menschen voraus, die es jetzt nicht gibt und wie sie auch nie erzeugt und ausgebildet werden können. Nur durch einen Stumpf von Blut können Sie dazu kommen, und wenn Sie drüber sind, würden Sie erkennen, daß es nichts als eine fata Morgana war. (Beifall.)

Muß ich auch anerkennen, daß die sozialdemokratische Partei eine große Partei ist, unter einer großen Aufgabe, mitzuwirken zur Gebung der arbeitenden Klassen, so muß doch entschieden betont werden, daß der Gedanke dieser Gebung der unteren Schichten unserer Bevölkerung keineswegs der sozialdemokratischen Partei allein angehört; er ist jetzt wohl allen Parteien angehörig. Alle blicken froh in die Zukunft, weil alle dieser Gedanke erfüllt und begeistert.

Was ich nun aber noch besonders tadelnswert an dem Vorgehen der Sozialdemokratie finde, das ist die Form ihrer Agitation, namentlich in der Presse. Eine Morgendämmerung höherer Kultur wird uns verkündet. Zunächst aber sehe ich als Begleitererscheinung dieser Morgendämmerung nur einen vulkanischen Ausbruch, worin Mäde von Beleidigungen aufsteigen, und ein Nischenregen von Verhöhnungen, Verdächtigungen und Schmähungen niederfällt. Wie hat man den Erlaß, betreffend den Einfluß der unentgeltlichen Verabfolgung von Lehrmitteln auf das Landtagswahlrecht, dazu benützt, um gegen mich zu heben; vierzehn Tage lang erschienen in Ihrer Presse (zu den Sozialdemokraten) Artikel über den „Wahlrechtsräuber“ Schenkel. Und kurz vor den Wahlen erschien in Mannheim, angeblich auf Grund guter Kenntnis, ein auf Zwecke der Wahlhege berechneter Artikel, in dem unwahrer Weise behauptet wurde, die neue Wahlrechtsvorlage beruhe auf einem Zenius oder schließe wenigstens alle die-

jenigen aus, die mit einem Einkommen von weniger als 900 M. zur Staatssteuer eingeschätzt seien. Es gibt keine Presse, die so beständig mit Denunziationen gegen die besitzenden Klassen und die Behörden arbeitet, wie die der sozialdemokratischen Partei. Der kleinste Vorfall wird in der übertriebenen Weise zur Setze benützt. Erfolgt eine Richtigtstellung durch die Behörden, so drückt man sie zwar ab, denkt aber: vor zwei oder drei Tagen hat unsere Nachricht schon gewirkt, das Publikum, mit dem wir rechnen, liest die Berichtigung doch nicht. Es mag ja manchmal ein kleiner Teil oder vielleicht die Hälfte von dem, was Ihre Presse dieser Art bringt, wahr sein; aber von Ihrer Presse wird alles übertrieben, verallgemeinert und möglichst zu aufheberischen Zwecken benützt.

Ich glaube, gerade durch die Form Ihres Vorgehens tragen Sie nicht bei zur Hebung der unteren Klassen. In einem Teil der sozialdemokratischen Presse werden ja auch jetzt schon nützliche Dinge veröffentlicht, die den Zwecken der Belehrung und Bildung dienen; Sie würden Ihren Genossen mehr nützen, wenn Sie in dieser Weise das Aufsteigen zur höheren Kultur fördern, als wenn sie sich aufs Setzen verlegen. Vor einigen Wochen las ich in einer Ihrer Zeitungen ein paar Zeilen, wo hintereinander sich Worte folgten, wie „schamlos, niederträchtig, unverschämt“ usw. Wenn Sie in dieser Weise die höhere Kultur in die unteren Schichten tragen wollen, werden Sie Ihr Ziel nicht erreichen. Es hat mich aber gefreut, aus den Worten des Herrn Abg. Eichhorn, der überhaupt sehr liebenswürdig gegen mich war (große Heiterkeit), zu hören, er betrachte es als einen Vorwurf, daß man Agitation in dieser Weise betreibe. Ich hoffe, er wird seinen großen Einfluß auf die Partei darauf verwenden, daß sie in Zukunft mehr den Anforderungen der höheren Kultur entspricht.

Nun habe ich noch drei weitere Punkte zu besprechen. Der Herr Abg. Eichhorn hat heute wieder gefragt, wie sich die Regierung zur Frage der etwaigen Aufhebung des § 13 des Zolltarifs stellt. In dieser Beziehung habe ich zu irgend einer weiteren Äußerung keine Veranlassung; im Augenblick steht die Frage der Aufhebung dieses Paragraphen nicht auf der Tagesordnung, und die Regierung hat daher keinen Anlaß, sich im Voraus zu binden. Was mich persönlich anbelangt, habe ich auch in einer früheren Sitzung bereits kurz ausgesprochen und kann den Herrn Abg. Eichhorn nur bitten, dies nachzulesen, falls er es nicht mehr in der Erinnerung hat.

Der Herr Abg. Eichhorn hat sodann gesagt, ich habe die Erste Kammer neulich in der Verfassungskommission als ausschließliche Qualitätsvertretung bezeichnet. Das habe ich aber nicht gesagt, sondern auf die Anfrage, ob nicht auch Arbeitervertreter in die Erste Kammer zu wählen sein würden, habe ich als meine persönliche Auffassung bezeichnet, es werde die Verstärkung der Ersten Kammer durch Mitglieder, die von Arbeitervertretungen zu wählen wären, dem Charakter der Ersten Kammer nicht entsprechen; denn hier sollen die im geistigen und wirtschaftlichen Leben des Volkes führenden Elemente vertreten sein, denen beim allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrecht eine ihrer Bedeutung entsprechende Stellung nicht von vornherein gewährleistet werde. Die Arbeiter, die großen Massen, haben bei Einführung des allgemeinen, direkten Wahlrechts die sicherste Garantie, im Landtag ausreichend vertreten zu sein, nicht so die führenden Klassen; es liegt daher keine Veranlassung vor, ein derartiges Vorrecht auch für die Arbeiter in Aussicht zu nehmen.

Endlich ist der Herr Abg. Eichhorn wieder auf die Tätigkeit des Amtmann Arnberger bei der Wahlversammlung in Zeuthern zurückgekommen; er hat von neuem hervorgehoben, die Amtmänner sollten überhaupt

bei den Wahlen nicht tätig werden und bemerkt, der Amtmann Arnberger habe in Zeuthern eine Tätigkeit entfaltet, die mit einer pflichtgemäßen Amtsführung nicht im Einklang stehe. Herr Eichhorn hat damit vielleicht von neuem andeuten wollen, daß der Amtmann Arnberger sich bei der Verabreichung von Freibier beteiligt habe. Sie nickten dazu. Dann erlaube ich mir, einen Bericht des Bezirksamts Bruchsal hierüber vorzulesen: „Aus diesem sowie dem ganzen Sachverhalt möge hochachtungsvoll entnommen werden, daß die Behauptungen der beiden Abgg. Eichhorn und Kopf direkt unwahr und erfunden sind, hervorgerufen vielleicht mit durch den Ärger über den ihren Parteien gerade in Zeuthern nicht günstigen Ausfall der Wahl.“

Ich kann unter E. d. erklären, daß ich von der ganzen Freibierangelegenheit bis zu dem Artikel im „Volksfreund“ nichts wußte und daß ich mich ebensowenig an der Spendung oder dem Genuß von Freibier in Zeuthern oder an einem anderen Orte zu irgend welcher Zeit beteiligt habe.“

Abg. Klein: Die Ausführungen des Abg. Eichhorn über die Sozialdemokratie hat der Herr Minister so treffend beantwortet, daß ich dem nur von ganzem Herzen beistimmen kann. Der Abg. Eichhorn hat wieder lange Ausführungen über den Zolltarif gemacht. Was haben wir denn damit zu tun?

Ich will nur die Frage der Kreisverfassung berühren. Die Wiederherstellung der alten Kreisverfassung würde eine unheilvolle Maßregel sein. Die Selbstverwaltung würde vollständig aufgehoben werden. Ich stehe da auf dem gleichen Standpunkt, wie die Abg. Widenz, Pfefferle u. a. Zu meiner nicht großen Freude habe ich gesehen, daß der Herr Minister sich für diese Frage lebhaft interessiert. Ich möchte ihn doch bitten, diese Frage nach allen Richtungen gründlich zu prüfen. Man hat über die Kleinheit der Kreise geklagt. Das war aber gerade ihr Vorteil. Da wird alles aus persönlicher Kenntnis heraus nach dem Augenschein, nicht nach den Akten erledigt. Wenn man die kleinen Kreise wieder zu größeren zusammenschmiedete, so würde eine Kolossion der Interessen eintreten. Man hat gemeint, daß allerdings manche Kreise und Personen der Neueinteilung nicht sehr wohlwollend gegenüberstehen. Der Herr Minister hat von Leuten gesprochen, die in der Kreisversammlung tätig sind. Die würden es übel nehmen, wenn sie kalt gestellt würden. Davor braucht der Herr Minister keine Angst zu haben. Die Männer werden sagen: Wir werden uns ruhig zurückziehen, um andern Platz zu machen. Anders die kleinen Städte. Denen kann ich es nicht verdenken, wenn sie ihre Eigenschaft als Kreisstadt behalten wollen.

Der Herr Minister hat mit eigentümlicher Kürze die Kreisversammlungen erwähnt. Er hat gesagt: Die Kreisversammlung kommt auch einmal im Jahre zusammen. Den Nachsatz kenne ich nicht. Ich denke mir, der Nachsatz sollte lauten: „um recht fidel zu sein“. Aber da kann man auch etwas arbeiten. Vor zu großen Ausgaben braucht man sich nicht zu fürchten. Der Kreis Mosbach ist sehr sparsam. Herr Geh. Rat Moscher kann mir bezeugen, daß er neulich, als er das Konferenzzimmer des Kreis Ausschusses in Krautheim sah, gesagt hat: „Eine so primitive Einrichtung habe ich aber noch nicht gesehen.“

Bei einer Verminderung der Zahl der Kreise werden sich die Verhältnisse ganz anders gestalten, als man jetzt glaubt. Es gibt ein viel einfacheres Mittel, den jetzt vorhandenen Mißständen abzuwehren, man gebe den Kreisen, die in der Fürsorge für die Wege etwas zu viel getan haben, d. h. zu viel nach den Verhältnissen ihres Gebiets, das, was sie stets verlangt haben. Ich möchte

den Herrn Minister nur bitten, von dem Gedanken einer Verringerung der Zahl der Kreise abzusehen; er würde dadurch nichts gutes schaffen. Vielmehr möge man an unserer altbewährten Kreisverfassung festhalten, und wenn ich als ein Mann, der auf diesem Gebiete auf eine reiche Erfahrung zurückblicken kann, mit meinen wenigen Worten etwas dazu beigetragen habe, den Herrn Minister zu bestimmen, daß er von der geplanten Abänderung absteht, dann würde mich das mit großer Genugtuung erfüllen.

Abg. Kopf: Ich will zunächst eine Bemerkung persönlicher Art machen. Der Herr Minister hat soeben eine Aeußerung des Bezirksamts Bruchsal verlesen. Es ist darin die Rede davon, daß diese Behauptung vielleicht hervorgerufen sei durch den Aerger des Zentrums darüber, daß in Zenthern liberal gewählt wurde. Ich muß dies als eine Ungehörigkeit zurückweisen und sogleich zur Wichtigstellung sagen, daß ich gar nicht behauptet habe, daß der Amtmann Bier bezahlt habe. Der Abg. Eichhorn hat zuerst eine derartige Behauptung aufgestellt und ich habe ihn mißverstanden. Daß mein Mißverständnis nicht von ungefähr kam, das geht daraus hervor, daß auch der Herr Minister auf die Sache eingegangen ist und in seiner ersten Rede gesagt hat, wenn ein Amtmann Bier bezahle, dann sei es nicht so schlimm. Ich habe aber ausdrücklich gesagt: Vorausgesetzt, daß die Tatsache wahr ist, müßte ich sagen, daß es eine große Ungehörigkeit sei. Ich habe diese Sache zur Sprache gebracht, da die Antwort seitens des Herrn Ministers nach jeder Richtung hin mir verfehlt schien. Wenn die Sache so liegt, wie das Bezirksamt Bruchsal berichtet, dann fällt meine Voraussetzung hinweg, dagegen die Bemerkung, die gegen die Ministerbank gerichtet war, entfällt nicht, denn der Herr Minister hätte sich anders äußern müssen über die Sache.

Dem Abg. Obkircher ist es scheinbar während der letzten Tage zu ruhig zugegangen. Er findet, daß das Zentrum gewissen prinzipiellen Punkten ausgewichen sei. Das Ausweichen ist nicht unsere Sache, und ich glaube, wir haben in einer 30jährigen Vergangenheit bewiesen, daß wir keine Reisetreter sind, und die jetzigen Landtagsverhandlungen werden noch beweisen, daß wir mit der alten Entschiedenheit unsere Forderungen zu verteidigen wissen. Er hat gemeint, das Zentrum sei eine sehnsüchtige Jungfrau, die darauf ausgehe, den Bräutigam zu umwerben, den Abg. Schmidt hat er „Gretchen“ genannt. Aus der Art, wie er es vorgetragen hat, dürfte man entnehmen, daß das Zentrum noch in den Jahren ist, wo die Jungfrau noch umworben wird, und ich habe gemerkt, daß aus seinen Worten die pure Angst herausgeflungen hat. Er traut uns noch erhebliche Werbekraft zu. Dieses Kompliment kann ich mit Dank annehmen. Ich kann mir aber nicht verlagern auszusprechen, daß die nat.-lib. Partei sich auch gefallen lassen muß, wenn ich sie mit einer Jungfrau vergleiche. Ich muß sagen, daß sie eine ältere, abgestandene sitzgebliebene Jungfrau ist, und es kommt mir vor, daß es ihr geht, wie es den älteren Jungfrauen zu gehen pflegt, daß sie zänkisch, mißtrauisch, neidisch und bissig werden. (Geisterzeit.)

Was das Umwerben der Regierung betrifft, so hat der Abg. Obkircher das Zentrum falsch taxiert. Darüber haben wir nie einen Zweifel gelassen, daß es uns nicht darum zu tun ist, die Regierungstühle durch irgend welche uns nahestehenden Parteigenossen besetzen zu lassen. Unser früherer Parteiführer Wacker hat ausdrücklich gesagt, daß er es für das größte Unglück betrachten würde, wenn einige Abgeordnete unserer Partei in die Regierung berufen würden. Bei den Nationalliberalen ist es freilich anders gewesen. Ich glaube, sowohl mein Kollege Fehrenbach, als ich haben mit genügender Deutlichkeit auf die Zahlen

bei der Reichstagswahl in dem Sinne hingewiesen, daß daraus zu folgern ist, daß die Regierung bei unseren derzeitigen Parteiverhältnissen sich nicht auf eine einzelne Partei stützen kann, weil jede Partei eine Minderheit ist. Ich habe schon gesagt, daß diese Bescheidenheit bei den Nationalliberalen allerdings nicht vorhanden war. Wir haben ja auch Zeiten gehabt, wo Sie einen eigentlichen Parlamentarismus einzuführen bestrebt waren, wo Sie verschmüht waren, daß der oder jener bei der Besetzung eines Ministerpostens umgangen wurde. Ich weise nur hin auf die Schriften von Blutstädt und Baumgartner. Selbstloser als unsere Partei kann man nicht sein, denn wir wollen nicht, daß die Regierung sich auf uns stützt, sondern daß sie objektiv über den Parteien steht. Ich darf die Nationalliberalen auch daran erinnern, daß Mitglieder dieser Partei früher mit dem Fürsten Bismarck immer unter der Bedingung verhandelt haben, daß der oder jener in das Ministerium komme. Uns trifft der Vorwurf des Parteigoismus in keiner Weise. (Beifall im Zentrum.)

Die Forderung des Abg. Obkircher, daß die Regierung sich einer Partei anschließen müsse, ist der Ausfluß der Bescheidenheit, die wir von Seiten der nationalliberalen Partei von jeher gewöhnt sind, der Partei, die sich auch in der Presse von jeher als die Pächterin von Bildung und Besitz hinstellt. Sie haben sich im öffentlichen Leben als bevorrechtigte Kaste in den 70er Jahren aufgespielt, und wer alt genug ist, um sich jener Zeit zu erinnern, der weiß, daß es keinen schlimmeren Terrorismus gab, als den damaligen, wo die Regierung mit den Nationalliberalen ein Herz und eine Seele war.

Der Abg. Obkircher hat ferner gemeint, durch das Zentrum sei die fortschrittliche Richtung im Staatsleben gefährdet. Wenn man zurückblickt, so weiß man, daß die nationalliberale Partei es gewesen ist, die sich immer gegen die Einführung des direkten Wahlrechts gesträubt hat, später hat sie sich auf Kautelen verlegt und darin die merkwürdigsten Variationen erfunden.

Wie es weiter gehen wird, davon haben wir ja heute eine Ahnung bekommen. Man kann sich auf Beredsamkeit in dieser Beziehung noch gefaßt machen. (Zuruf: Sehr richtig!) Gerade die von dem Abg. Obkircher angezogenen Vorgänge in Bayern sprechen eine beredete Sprache. Mit dem Fortschritt auf Ihrer Seite (zu den Nationalliberalen) ist es eine eigene Sache. Sie sind noch heute nicht innerlich bei dem direkten Wahlrecht (Widerspruch bei den Nationalliberalen). Das Beispiel in Bayern wenigstens ist sehr verdächtig. (Abg. Obkircher: Dort ist es gerade umgekehrt!) Und wo ist sodann in der Gemeindegesetzgebung der von Ihnen gerühmte maßvolle Fortschritt? Was von Ihrer Seite hier alles verwickelt wurde, das haben wir in den letzten Jahren — bis jetzt nur zum Teil — wieder gut gemacht. Ihre Haltung gegenüber den kirchlichen Forderungen ist geradezu ein Denkmal für Ihre eigene Intoleranz. Wir wollen, daß die Regierung Gebrauch mache von dem Recht, Ordensniederlassungen zu gestatten, einem Recht, das ihr durch das Gesetz vom Jahre 1860 eingeräumt ist und von dem sie sicherlich auch schon Gebrauch gemacht hätte, wenn sie nicht bisher durch Ihre lauten u. stillen Proteste abgehalten worden wäre. Ist das Verlangen nach Klöstern nicht eine wahrhaft freiheitliche Forderung? Denken Sie doch an Preußen, an die Schweiz und so ziemlich alle anderen Kulturstaaten! Ist es nicht ein Gebot der natürlichen Freiheit, jeden nach seiner Façon selbig werden zu lassen, und in einem Lande, in dem man Anarchisten ungehindert leben läßt, zu gestatten, daß sich Leute auch in Klöstern zusammenschließen können? Das ist nichts weiter, als die Gleichheit aller vor dem Gesetz. Und wie verhält es sich

mit dem Fortschritt auf den sonstigen kirchlichen Gebieten? Sie haben uns seinerzeit die Missionen verboten, obwohl man die von Basel ausgehenden, evangelischen Missionen nicht beanstandet hat und obgleich es nichts weiter, als ein Ausfluß der Kulturfreiheit war, was wir verlangten. Sie haben ferner die Knabenseminare aufgehoben, obgleich diese eine Notwendigkeit sind, und wir sie ja auch für andere Stände, z. B. die Lehrer, haben. Ich erinnere ferner daran, daß man es für nötig gefunden hat, seinerzeit unter Ihrem Beifall einen besonderen Eid von unserem Bischof zu verlangen, den er nicht leisten konnte und nicht leisten wollte. Man hat darauf hin unseren Geistlichen die Staatsdotation auf Jahre hinaus entzogen, den evangelischen Geistlichen aber weiter gewährt. Sie haben endlich das Examen gesetz gemacht, bei dessen Abschaffung nachher Lamey, einer der Ihrigen, hat mitwirken müssen. Alles das weist darauf hin, daß überall da, wo eine wahrhaft freirechtliche Forderung gestellt wurde, wir sie auch energisch verfochten haben, während Sie, die Nationalliberalen, einer Reihe unfreirechtlicher u. reaktionärer Maßnahmen zur Durchführung verhalfen.

Der Abg. Obkircher hat unsere Forderungen mit kirchlichen Machtansprüchen identifiziert. Es wäre mir lieber gewesen, wenn er diese einzelnen Machtansprüche näher bezeichnet hätte. Wenden Sie doch hin auf den Reichstag, wo das Zentrum die stärkste Partei ist. Nie hat eine Partei eine selbstlohere Politik getrieben, als das Zentrum im Reichstag, ohne dafür Gegenleistungen zu verlangen, obgleich das Zentrum auch seitens der Reichsregierung auf manchen Gebieten — ich erinnere nur an das Jesuitengesetz — wenig rücksichtsvoll behandelt wird. Wir wollen weiter nichts, als gleiches Licht und gleiche Luft auch für uns. (Beifall beim Zentrum.)

Der Abg. Obkircher hat weiter darauf hingewiesen, nicht alle Katholiken seien für unsere letzten Ziele. Wir hätten unter unseren Wählern eine Anzahl Mittläufer. Darauf sage ich: es ist allerdings eine Tatsache, daß von Hause aus — namentlich im Oberland — manche Katholiken liberal gewesen sein mögen. Von Jahr zu Jahr, von Wahl zu Wahl gehen aber diese mehr und mehr in unser Lager über, weil Ihr intolleranter Geist ihnen zu weit geht, und weil sie gefühlt haben, daß Ihr Endziel darauf gerichtet ist, die positiv Gläubigen, die christliche Weltanschauung zurückzudrängen. (Beifall beim Zentrum. Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Vergessen Sie nicht, daß gerade unter Ihnen verschiedene Männer die kirchenpolit. Anschauungen Ihrer Partei nicht billigen. Ich nenne nur die Namen Winterer, von Neubronn und Müller-Welschingen. Winterer war es insbesondere, der das Wort geprägt hat, das zündete, daß die Katholiken nicht gesonnen seien, auf die Dauer sich als Staatsbürger zweiter Klasse behandeln zu lassen. Das war an Ihre Adresse gerichtet. Das Wort von den Mittläufern uns gegenüber weise ich deshalb zurück. Sie (zu den Nationalliberalen) haben noch viele Mittläufer, die Ihre letzten Ziele in kirchenpolitischer Beziehung ganz und gar mißbilligen.

Der Abg. Obkircher hat sodann von einem Gewissensdruck gesprochen, der das Ziel unserer Herrschaft sei. Auch das muß ich auf das Entschiedenste zurückweisen. Er hätte Beispiele bringen sollen für seine Behauptung. Das Beispiel eines Geistlichen beweist uns nichts. Ich erinnere mich noch daran, welcher Gewissensdruck von Angehörigen Ihrer Partei geübt wurde, als z. B. in den 70er Jahren Bahnarbeiter vom Bahnmeister zur Wahl getrieben wurden.

Der Abg. Obkircher kam weiter namentlich auf den Weichstuhl und den Mißbrauch, der damit getrieben würde, zu sprechen. Er hat einen Fall namhaft gemacht,

wo ein Pfarrer im Weichstuhl Fragen politischer Art gestellt haben soll. Einstweilen liegen ja nur einseitige Behauptungen vor. Wir stehen aber nicht an, schon heute zu erklären, daß, wenn etwas derartiges vorkommen sollte, es von uns und auch von der kirchlichen Behörde entschieden mißbilligt wird. Aus dem einen Fall aber eine so kolossale Anklage gegen uns zu schmieden, das scheint mir doch der Gerechtigkeit, die man von einem Juristen verlangen muß, zu widersprechen.

Der Abg. Obkircher hat den Herrn Erzbischof in die Debatte gezogen und gesagt, daß er selbst unzulässige Agitation betrieben habe. Ich will doch diese Stelle in der Rede des Herrn Erzbischofs verlesen (Redner verliest sie). An dieser Stelle ist rein gar nichts auszusagen. Der Herr Erzbischof sagt kurz und klar: Der Katholik soll überall im Leben auch als Katholik auftreten. Er soll nötigenfalls auch im öffentlichen Leben mit dem Stimmzettel für die christliche Weltanschauung eintreten. Das wird doch ein Erzbischof in einem überwiegend christlichen Staat sagen dürfen, es ist sogar seine Pflicht, es zu sagen. Der ganze Mensch, der Charakter, kann nicht in der Kirche beten und auf der Straße das bekämpfen, was er in der Kirche verehrt. Der Mann muß aus einem Guß sein. Wenn er von seinem Christentum durchdrungen ist, wird er seine Anschauungen überall dokumentieren. (Beifall im Zentrum.)

Im Fall Schwarz hat der Abg. Obkircher gemeint, es sei niemand beleidigt worden. Das Sakrament habe ja nicht beleidigt werden können. Jedenfalls habe das Schwurgerichtsurteil nicht zu politischen Zwecken verwendet werden dürfen. Wenn der Abg. Obkircher von dem zeitlichen Zusammenhang zwischen den Sühneandachten und den Wahlen gesprochen hat, so heißt dies einfach, daß der Erzbischof die Sühneandachten nur im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen angeordnet habe. Dies ist eine schwere Beleidigung unseres Kirchenfürsten. Der Herr Erzbischof ist gewiß unserer Wahlsache sehr fremd gegenüber gestanden. Es ist eine starke Leistung, wenn man ihm unterstellen will, daß er den kirchlichen Akt zur Erzielung besserer Wahlen vorgenommen habe. Ich weise dies mit Entrüstung zurück. Der Sühnegottesdienst war von rein kirchlichen Gesichtspunkten aus sehr berechtigt. Der Abg. Obkircher hat selbst über das Urteil der Geschworenen in einer Weise gesprochen, die beweist, daß er nicht damit zufrieden war. Das katholische Volk war darüber bis ins innerste Mark erschüttert und enttäuscht. Wir gehen beängstigten Zuständen entgegen.

Der Abg. Obkircher hat eine Reihe anderer Dinge erwähnt, die die angebliche Mißbräuche beweisen sollen. Auf das einzelne kann ich nicht eingehen. Für den Katholiken folgt aus seiner katholischen Ueberzeugung, daß er sie auch im öffentlichen Leben betätigen muß. Auch von Ihrer Seite wird in Wahlversammlungen von der freien Wissenschaft gesprochen und eine der unsern entgegengesetzte Weltanschauung proklamiert, und wir verwahren uns nicht dagegen.

Der Abg. Obkircher hat auch auf seine eigene Partei ein großes Loblied gesungen: Die Liberalen hätten immer blanke Waffen geführt, das könne man von uns nicht sagen. Wenn man im Glashaus sitzt, soll man nicht mit Steinen werfen. Die Spaten pfeifen es ja auf den Dächern, daß gerade die Nationalliberalen zurzeit, als sie tonangebend waren, nichts weniger als maßvoll gewirtschaftet haben. Das war Terrorismus und Wahltyrannie. Ich bin nicht so einfältig, zu sagen, bei uns passiert gar nichts. Ich gebe zu, daß Mißgriffe zweifellos auch bei uns da und dort gemacht werden. Auch wir wünschen, daß die Wahlagitation sachlich geführt werde.

Bezüglich der Verfassungsfrage hat Obkircher hervor-gehoben, daß in Bayern das Zentrum im Unrecht sei. Das Gegenteil ist richtig. Dort hat man sich vor zwei Jahren über 14 Punkte geeinigt. Man hat gemeint, es gehe alles flott von statten. Jetzt im letzten Augenblick vertreiben sich die Nationalliberalen auf zwei Punkte; erstens auf die relative Mehrheit. Daran will das Zentrum das Gesetz nicht scheitern lassen. Bleibt den Liberalen nur die Wahlkreiseinteilung. Dies ist aber ein ganz fadenscheiniger Grund. Sogar der liberale Minister v. Feilitzsch hat die alte Wahlkreiseinteilung fallen lassen, weil er anerkennen muß, daß sie durch und durch ungerecht ist. Nach Ausfall der Stimmen der letzten Wahl hätten die Liberalen noch 27 Abgeordnete bekommen können. Sie haben aber 43. Die Wahlkreise sind ihnen geradezu auf den Leib geschnitten. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Liberalen diese Schwierigkeit nur heraufbeschworen haben, weil sie wissen, daß sie sonst schlecht abschneiden werden. Von den Sozialdemokraten wurde mir zugerufen, daß die Liberalen überhaupt verloren seien. Wenn wir aber anerkannt haben, daß die Wahlrechtsvorlage immerhin besser geworden ist, so kann man daraus nicht schließen, daß wir nun Rechte der Volksvertretung preisgeben. Es wird gut sein, wenn Sie (zu den Nationalliberalen) der Äußerung des Abg. Wildens, daß die Regierung Entgegenkommen gezeigt habe, und bei weiterem Entgegenkommen auch etwas zustande kommen werde, eingedenk bleiben, und auch wir werden uns nach dieser Richtung hin finden lassen; es wird dies besser sein, als wenn unter dem Einfluß der Jungliberalen ein Votum zustande kommen wird, ähnlich wie in Bayern (Widerspruch bei den Nationalliberalen).

Der Abg. Obkircher hat die Verwaltungsbeamten gestreift; was er sagte, kam darauf hinaus, daß nur Nationalliberale Verwaltungsbeamten werden können. Ich glaube, mit diesen Theorien werden Sie beim Volk keine Geschäfte mehr machen. Wir wissen ja, daß Sie sich beunruhigt fühlen, seit Sie nicht mehr die Mehrheit im Hause haben. Ueber solche Wünsche geht die Zeit unbarmherzig hinweg. Der Abg. Wildens hat leztlich die wesentlich milder lautende Äußerung getan, es könnten nur diejenigen Verwaltungsbeamten werden, die den Staatsgedanken hochhalten. Dagegen kann man nichts sagen; daß man aber von dem Verwaltungsbeamten etwa verlangen will, daß er die Politik der Regierung soweit unterstützen müsse, daß er, wenn ihm auf irgend einem Gebiete eine Aenderung wünschenswert erscheine,

mit dieser Ueberzeugung zurückhalten müsse, das geht doch zu weit. Es ist ganz gut, daß der Abg. Obkircher gesagt hat, daß Zentrumsangehörige, die bereit sind, dem Staate zu geben, was des Staates ist, nicht in die Verwaltung gehören. Er hat damit nur gesagt, daß er das alte Parteiregiment, wonach nur Angehörige der nationalliberalen Partei für den Verwaltungsdienst geeignet sind, aufrecht erhalten wissen will. Die Zeiten aber, wo der Amtsvorstand den ersten Platz in der nationalliberalen Wahlchaise einnahm, sind vom Volk gebührend gewürdigt worden, denn trotz der Mitwirkung der Amtsmänner hat die nationalliberale Partei keine bessere Geschäfte gemacht. Das Volk hat sich eben gesagt, daß der Amtmann für alle ohne Unterschied der Partei da ist und nicht einer Partei allein dienen darf; und wenn die Verwaltung heute weniger als sonst zu Tadel Anlaß gibt, so kommt dies daher, daß das Volk das Empfinden hat, daß die Amtsmänner unparteiisch und gerecht ihres Amtes walten. Gerade angesichts des Wahlergebnisses wird die Regierung allen Anlaß haben, dafür zu sorgen, daß der Amtmann in Zukunft nicht den Wahlagitator spielt.

Der Abg. Obkircher hat am Schluß seiner Rede noch einen Appell an die Großh. Regierung gerichtet und sie gewarnt, das Beispiel von Bayern nachzuahmen, wo die Regierung einen Kniefall vor dem Zentrum gemacht habe. Ich möchte die Regierung auch warnen, aber in anderem Sinne. Das Volk ist des Parteiregiments müde und es würde sich mit aller Macht dagegen wehren, daß die Regierung sich auf die Krücken einer so schwachen Partei, wie der nationalliberalen Partei, stützt, die es nicht einmal zur absoluten Majorität gebracht hat. (Lautes Bravo beim Zentrum.)

Die Beratung wird hier abgebrochen.

Präsident Dr. Günner teilt sodann mit, daß die Kommission zur Beratung des Viersteuerentwurfes sich konstituiert und zu ihrem Vorsitzenden den Abg. Riechle, zum Berichterstatter den Abg. Blimm ernannt habe, sowie, daß 1. die Petition der Gemeinderäte Regelschurst, Bierolschhofen und Sand, um Errichtung einer Güterstation in Regelschurst, und 2. die Petition des Stadtrats Offenburg, sowie der Gemeinderäte Griesheim, Sand und Willstätt um Erbauung einer Bahn von Offenburg nach Kehl bezw. Kork von der Kommission für Straßen und Eisenbahnen an die Budgetkommission überwiesen worden sei.

Schluß der Sitzung 8¹/₄ Uhr abends.